

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Haushalts- und Finanzausschuss

Niederschrift

über die 31. öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 03.02.2014
im Kreishaus, Kreisausschusssaal.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Dirk Hohlfeld

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmut Barthel

Frau Bärbel Laue

Frau Katja Grassmann

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Herr Dirk Steinhausen

Herr Wilfried Käthe

Herr Christoph Schulze

Herr Michael Baumecker

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gertraud Rocher

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:56 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2013
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

6	Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming im Zeitraum 2014 bis 2018	4-1801/14-LR
7	Haushaltssatzung 2014	4-1705/13-I
8	Haushaltssicherungskonzept 2014	4-1706/13-I
9	Information über externe Stellenausschreibungen	4-1813/14-LR

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Hohlfeld begrüßt die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses und die Gäste zur öffentlichen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses sehr herzlich. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Gurske erläutert, dass die heute ausgereichten Unterlagen eine Forderung des Wirtschaftsausschusses sind.

Die Tagesordnung ändert sich wie folgt:

- TOP 6 Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming im Zeitraum 2014 bis 2018 (4-1801/14-LR)
- TOP 7 Haushaltssatzung 2014
- TOP 8 Haushaltssicherungskonzept 2014
- TOP 9 Information über externe Stellenausschreibungen (4-1813/14-LR)

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Herr Hänicke (Einwohner) möchte wissen, welche Rolle der Landkreis bei der Ansiedlung und Finanzierung der Firma Human Biosciences spielt?

Herr Schulze äußert sich zum Verfahren über schriftliche Anfragen und verweist in der Sache auf entsprechende Protokolle des Aufsichtsrates vom Dezember 2013.

Herr Hohlfeld bittet die Frage schriftlich einzureichen. Sie wird dann beantwortet.

Herr Hänicke wird seine Fragen schriftlich formulieren.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 09.12.2013

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 09.12.2014 vor. Diese gilt somit als angenommen.

TOP 4

Anfragen der Abgeordneten

Herr Käthe fragt nach den Mehraufwendungen, die laut Presse für den Kauf des Kreishauses anfallen sollen.

Frau Gurske teilt mit, dass bisher die Transaktionskosten im Gutachten der Beratungsgesellschaft für Behörden (VBD) zum Kauf des Kreishauses nicht berücksichtigt wurden. Das Innenministerium hat in bisherigen Gesprächen deutlich gemacht, dass die Barwertmethode anzuwenden ist. Das Gutachten der VBD wird entsprechend überarbeitet. Mit dem zuständigen Finanzamt Calau wird geklärt, ob auch Grunderwerbssteuer anfällt. Die entsprechenden Fragen sollen bis zur Sitzung am 17.02.2014 geklärt werden.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gurske informiert über den Sitzstreikenden vor dem Kreishaus. Es handelt sich um einen Asylbewerber, der der Verwaltung langjährig bekannt ist. Die rechtlichen Möglichkeiten zu einem Aufenthaltstitel sind ausgeschöpft. Auf das persönliche Verhalten kann gegenwärtig kein Einfluss genommen werden.

Im Namen von Frau Wehlan informiert sie, dass es im kommenden Kreistag eine Vorlage zur Neubeschaffung von Kopier- und Scantechnik eingebracht wird. Es handele sich um einen weiteren Baustein zur Haushaltskonsolidierung. Die Vorlage konnte nicht in der Sitzung des Kreisausschusses am 27.01.14 behandelt werden.

TOP 6

Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming im Zeitraum 2014 bis 2018 (4-1801/14-LR)

Herr Dr. Günzel stellt ausführlich den Nahverkehrsplan für den übrigen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming im Zeitraum 2014 bis 2018 vor.

Herr Akuloff fragt nach den Auswirkungen des Fahrgastaufkommens auf die Tarifentwicklung. Es bedarf konzeptioneller Gedanken, um den Auswirkungen der demografischen Entwicklung zu begegnen? Wie kann einem sinkenden Fahrgastaufkommens in Gänze begegnet werden? Gibt es eine Umkehrung des Jedermannverkehrs zum Schülerverkehr?

Wie sind die Auswirkungen auf die Tarifentwicklung und welche Auswirkungen werden auf die Ertragsentwicklung erwartet, die sich letztlich auf die Höhe des Zuschusses des Kreises auswirken? Die Städte Trebbin, Jüterbog und Luckenwalde haben darüber hinaus auch die Anbindung an die Landeshauptstadt bemängelt. Im Abwägungsprotokoll wird auf die Nichtzuständigkeit verwiesen. Wie wird das Zusammenwirken mit den anderen Verantwortungsträgern des Öffentlichen Nahverkehrs gesehen?

Herr Dr. Günzel weist darauf hin, dass im Nahverkehrsplan auch zum übrigen ÖPNV Position bezogen wird. Die Zuständigkeit liegt jedoch beim Land Brandenburg. Es sollten Infrastrukturvoraussetzungen angestrebt werden, um im Bereich der Anhalter Bahn auch auf der Schiene bis nach Potsdam fahren zu können. Der Kreis sollte sich für die Umsetzung dieser Maßnahmen einsetzen.

Bei den Tarifen ist eine jährliche Erhöhung von 2 % vorgesehen. Bei Betrachtung der letzten 10 Jahre hat sich eine durchschnittliche jährliche Erhöhung von 1,8 % abgezeichnet. Die realistische Ableitung ist eine Berechnung mit 2 %. Auf einen Zeitraum von 5 Jahren berechnet sich damit eine Erhöhung von etwa 10 %.

Herr Trebschuh ergänzt, dass sich im verabschiedeten Landesnahverkehrsplan die Kommunen und der Landkreis dafür eingesetzt haben, infrastrukturelle Voraussetzungen für eine bessere Anbindung an die Landeshauptstadt zu schaffen. Der Landkreis unterstützt in seiner Stellungnahme zum Landesnahverkehrsplan die genannten Kommunen in ihrem Bestreben. Allgemein erläutert er zum Nahverkehrsplan des Landkreises, den Konflikt zwischen der Aufrechterhaltung des Mindestangebotes im Süden und der ausreichenden Bereitstellung von ÖPNV im Norden. Dies bedarf einer sehr differenzierten Planung des ÖPNV. Für die Leistungsvergabe im ÖPNV stellt der Nahverkehrsplan die Leistungsbeschreibung dar.

Herr Steinhausen bestätigt die Notwendigkeit eines Nahverkehrsplanes. Jedoch kritisiert er die Qualität des vorliegenden Plans. Es wird mit Datensätzen aus dem Jahre 2010 gearbeitet. Es gibt keine differenzierte Betrachtung des Landkreises. Weiterhin bemängelt er, dass der Kreistagsbeschluss für den zweiten Regionalhalt in Großbeeren, welcher vor ca. einem halben Jahr beschlossen wurde, in diesem Bericht gar nicht auftaucht. Er fragt, ob die Leistung für die Erstellung des Planes ausgeschrieben wurde. Und wenn ja, wer ist für die Kontrolle der Leistungserbringung zuständig?

Herr Trebschuh weist darauf hin, dass auch im Wirtschaftsausschuss zur regionalen Differenzierung genug gesagt worden ist. Im Übrigen wurde die Leistung zur Erarbeitung des Planes ausgeschrieben. Die Leistung (der Plan) ist aus fachlicher Sicht erbracht.

Herr Schulze fragt, ob es nach dem Beschluss durch den Kreistag noch die Möglichkeit für Änderungen gibt? Welchen Einfluss haben die vor einiger Zeit beschlossenen Harz IV – Tickets? Ist die beabsichtigte Entlastung des Kreises eingetreten?

Herr Trebschuh erläutert, dass eine Anpassung des Nahverkehrsplans möglich ist. Eine detaillierte Antwort zu den Auswirkungen der Sozialtickets wird nachgereicht.

Frau Grassmann möchte wissen, warum die Zahlen zum Finanzierungsbedarf nicht mit denen im Entwurf zum Haushaltsplan 2014 übereinstimmen?

Herr Trebschuh erläutert den Sachverhalt.

Die Zahlen im Entwurf des Haushaltsplan 2014 sind vor der ÖPNV-Planung entstanden. Die Vereinbarungen mit der Gemeinde Großbeeren und Blankenfelde sind erst im Januar abgeschlossen worden.

Herr Hohlfeld bittet darum, dass Zahlenmaterial mit einer Erläuterung zu versehen und diese am 17.02.2014 nochmals vorzulegen.

Herr Barthel regt eine Überarbeitung der Beschlussvorlage an.

Herr Dr. Günzel führt die Abweichung der Zahlen auf den Redaktionsschluss der Daten zurück. Kurzfristige Änderungen von Daten, welche nicht übermittelt wurden, können nicht berücksichtigt werden.

Herr Hohlfeld stellt fest, dass ein Deckungsbedarf, der sich pro Jahr auf 2,9 Millionen beläuft, existiert. Die Zahlen müssen somit auch mit den Planentwürfen der Verwaltung übereinstimmen. Die entsprechenden Unterlagen sollten bis zum 17.02.2014 überarbeitet werden.

Herr Barthel spricht die Kosten in Nuthe-Urstromtal pro gefahrenen Kilometer an.

Herr Dr. Günzel erläutert die Zusammenhänge. Es gibt sehr wenige Anfrage für den Rufbus und dann nur für kurze Fahrstrecken. Lehrfahrten sind ohne hin nicht wirtschaftlich. Das

System rentiert sich erst, wenn es mehrere Anfragen gibt und eine Bündelung stattfinden kann. Das System lebt von einem großen Angebot, welches in der Regel aber nur zu 25 – 30 % abgerufen wird.

Herr Barthel möchte wissen, ab welcher Auslastung es sich wirtschaftlich rechnet.

Herr Dr. Günzel nennt eine Abrufquote von 40 – 50 %.

Herr Barthel fragt nach, ob eine Einführung des Rufbusses für die Gemeinde Niederer Fläming geplant ist.

Herr Günzel bestätigt dies. Im Niederen Fläming wird das System in Nuthe-Urstromtal novelliert angewendet. Es gibt 6 Linien, jedoch nur auf Abruf. Die Busse können hier die Linienführung verlassen und eine Haustürbedienung anbieten.

Entscheidung

Die Vorlage wird mit Einverständnis der Anwesenden bis zum 17.02.2014 zurückgestellt. Die Verwaltung wird um Überprüfung gebeten.

TOP 7

Haushaltssatzung 2014

(4-1705/13-I)

TOP 8

Haushaltssicherungskonzept 2014

(4-1706/13-I)

Frau Gurske informiert über den Termin am 23.01.2014 im Innenministerium wo zum Thema Kreishauswerb folgende Forderungen gestellt wurden: die Aufstellung eines Zeitrahmens zum Haushaltsausgleich, die Festlegung von Überschüssen in der mittelfristigen Haushaltsplanung welche zur Haushaltskonsolidierung und somit zum Abbau der Fehlbeträge zu nutzen sind, die freiwilligen Leistungen genau zu betrachten, hier speziell das Jahr 2012 zu 2014, die Nachreichung der Personalentwicklung, im Berichtswesen SWFG und Kassenberichte Nachträge vorzunehmen und ein Barwertverfahren zur Wirtschaftlichkeitsberechnung des Kreishauswerbs durchzuführen.

Frau Wehlan wird die Änderungen am 17.02.2014 im HFA einbringen und vorstellen.

Am 12.02.2014 sollen das Erläuterungsblatt, die Haushaltssatzung, der Gesamtergebnishaushalt, der Gesamtfinanzhaushalt und das HASIKO fertiggestellt sein. Der gesamte Haushaltsplan wird auf CD gebracht und am 14.02.2014 zur Bürgermeisterdienstberatung fertiggestellt sein. Die Abgeordneten erhalten einen LINK um den Haushalt zur Kenntnis nehmen zu können.

Frau Wache führt aus, dass erst nach Vorlage des VBD-Gutachtens zum Kreishauskauf der vom Ministerium geforderte Zeitpunkt zur Wiedererlangung des gesetzlichen Haushaltsausgleichs festgelegt werden kann.

Zur Nachhaltigkeitssatzung wird am 17.02.2014 ein Vorschlag zur Diskussion eingebracht.

Der Landkreis würde hier eine Vorreiterrolle übernehmen, so Herr Grosenick. Die bisher erarbeiteten Nachhaltigkeitssatzungen entsprechen aus seiner Sicht nicht den Erwartungen der Anwesenden und des Innenministeriums.

Frau Grassmann hinterfragt, ob eine Nachhaltigkeitssatzung benötigt wird um die Bedingungen des Innenministeriums zu erfüllen und nachzuweisen, was mit den Überschüssen geschieht.

Frau Wache beantwortet diese Frage. Das Ministerium hat empfohlen schon im HSK zu vermerken, dass alle erwirtschafteten Überschüsse zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden müssen. Frau Wehlan hat angeregt, in diesem Zusammenhang die Nachhaltigkeitssatzung gleich mit einfließen zu lassen.

Die freiwilligen Leistungen werden nochmals komplett überarbeitet. Vom Ministerium wird eine Gegenüberstellung der Jahre 2012 und 2014 gewünscht.

Weiterhin ist vom Ministerium eine pauschale Aufwandskürzung von 0,5 % gefordert, um den Konsolidierungswillen stärker darzustellen.

Herr Steinhausen fragt nach, inwiefern diese Absprachen getroffen wurden.

Bei einem Treffen im Ministerium wurde klar formuliert unter welchen Voraussetzungen das HSK genehmigungsfähig ist, informiert Frau Wache.

Frau Gurske erläutert dazu Folgendes: Das Gespräch mit dem Innenministerium fand nur vor dem Hintergrund des Kreishäuserwerbs statt. Nur aus diesem Grund war das Ministerium noch vor Einbringung bereit, sich die Haushaltsdokumente des Landkreises anzusehen und entsprechende Anregungen zu geben. Eine Vorwegnahme einer Haushaltsgenehmigung ist dies nicht.

Jedes Dezernat hat sein Budget, die Haushaltskürzung wird letztendlich mit einer Haushaltssperre umgesetzt. Nach Beschließen des Haushaltes werden die Ansätze auf den angegebenen Konten gesperrt. Diese Maßnahme wird zum Jahresende dann genauso abgerechnet wie alle weiteren Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK auch, führt Frau Wache aus.

Zur Stellenbedarfsplanung wird Frau Brademann aus dem Fachbereich Personal eine umfangreiche Zuarbeit bis zum 17.02.2014 fertigen.

Dadurch, dass keine Jahresabschlüsse vorliegen, wurde bisher immer mit vorläufigen Jahresabschlusszahlen gerechnet. Dies ist dem Ministerium nicht belastbar genug, sollte der Kreis sich nicht relativ genau und pauschal auf die vorläufigen Abschlusszahlen festlegen wollen, so ist der Hinweis vom Ministerium bitte Planzahlen zu verwenden.

Die Vorlagen im HSK in denen bereits vorläufige Jahresabschlusszahlen berechnet wurden, werden verändert.

Die Abgeordneten können die Zahlen, welche aus dem HASIKO entfernt werden, dem alten HSK entnehmen, wird auf Nachfrage von Herrn Steinhausen festgestellt.

Frau Grassmann fasst nochmals zusammen: Im HASIKO müssen also die gesamten vorläufigen Ergebnisse durch die Ansätze aus den betreffenden Jahren ersetzt werden?

Frau Wache erläutert kurz den Zeitplan. Am 10.02.14 soll das Gutachten vom VBD vorliegen, am Montag früh werden die Zahlen zum Erwerb des Kreishäuser da sein und am Dienstag muss das HSK und der Haushalt überarbeitet sein.

Herr Barthel äußert sich zum Schreiben vom 24.07.2013 des Innenministeriums.

Er geht davon aus, dass der Analyseteil des Haushaltssicherungskonzeptes noch deutlich qualifiziert wird. Hier steht, dass die konkreten Ursachen der entstanden Fehlbeträge in der Analyse aufzuführen sind.

Konsolidierungsmaßnahmen haben sich an der Höhe des Konsolidierungsbedarfs auszurichten.

Die vorgelegten Unterlagen der Gesellschaften entsprechen aber nicht den Forderungen, welche das Ministerium in die Qualität dieser setzt.

Aus dem Rechnungsprüfungsbericht 2009 gab es vier Festlegungen. Über den Stand der Umsetzungen hat er keine Kenntnis erhalten und fordert hierzu Informationen bis zur nächsten Sitzung.

Frau Grassmann fragt, warum die Haushaltssatzung in Paragraph 5 unter Nummer 3 einige Änderungen, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, aufweist.

Frau Wache bemerkt, dass die Haushaltssatzung hier zu den Vorjahren nicht verändert wurde.

Frau Grassmann weist hier auf eine Untergliederung in a, b, und c der Nummer 3 hin. Weiterhin bemerkt sie zum HFA vom 13.01.2014:

Nach Prüfung soll die Darstellung der Ist-Zahlen anstatt der Planzahlen für das Jahr 2012 im Vorbericht ggf. im Haushalt 2015 umgesetzt werden. Hierzu wird auf die Nutzung der Ist-Zahlen von 2013 hingewiesen

Warum kann das Kreditvolumen des Kassenkredits nicht gesenkt werden? Die Satzung für den Kassenkredit von 40 Millionen ist aus ihrer Sicht nach den vorliegenden Zahlen jetzt machbar.

Frau Wache legt in der nächsten Sitzung, nach Rücksprache mit der Kassenleiterin, eine Begründung dar.

Herr Barthel fragt Herrn Hohlfeld, ob die Rückläufe aus den Fachausschüssen schon vorliegen.

Es liegen noch keine Informationen vor, so Herr Hohlfeld. Die Fachausschüsse sind jedoch zur Sitzung am 17.02.2014 geladen.

Herr Barthel möchte wissen, wer kontrolliert, dass die Einladungen tatsächlich an die Ausschussvorsitzenden gesendet werden?

Herr Hohlfeld geht von einer Benachrichtigung aus, da er bereits von einigen Vorsitzenden Teilnahmebestätigungen erhalten hat.

Frau Gurske wird dies persönlich überprüfen.

TOP 9

Information über externe Stellenausschreibungen

(4-1813/14-LR)

Frau Wöller, Sachgebietsleiterin im Ordnungsamt, stellt sich kurz vor und erläutert, weshalb eine Sachbearbeiterstelle im Bereich der unteren Jagdbehörde intern und extern ausgeschrieben wurde.

In der unteren Jagd- und Fischereibehörde gibt es 3 Vollzeitstellen. Die Stelleninhaber bearbeiten ausschließlich Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung. Eine Prüfung der Verwaltung und auch das PWC-Gutachten haben gezeigt, dass durch eine Stelle im Bereich der Jagd die anfallenden Aufgaben nicht bewältigt werden können.

Voraussetzung für die Besetzung der Stelle ist ein entsprechender Hochschulabschluss oder Fachhochschulabschluss im forstwirtschaftlichen Bereich, als auch der Jagdschein. Aus diesem Grund wurde die Stelle auch extern ausgeschrieben.

Herr Gärtner erläutert zur externen Stellenbeschreibung des Bauamtes im Bereich Heizung/Sanitär Folgendes: Die bisherige Stelleninhaberin hat im Frühjahr 2013 die Verwaltung verlassen. Seitdem ist an dieser Stelle im Bauamt niemand mehr, der die erforderliche Qualifikation besitzt, um solch planerische Tätigkeiten oder auch Verständnissachen im genannten Gebiet ausüben zu können. Gleichwohl hat der Landkreis aber eine Menge

Gebäude zu betreuen, die zum Teil mit veralteten Anlagen ausgerüstet sind und mittlerweile Probleme bereiten. Aus seiner Sicht ist es auch zukünftig von finanziellem Vorteil für den Landkreis, wenn ein Fachmann im Bauamt sitzt. Die geforderten Qualifikationen können nur mit einer externen Stellenausschreibung bedient werden.

Herr Steinhausen geht davon aus, dass der Runderlass des Ministeriums des Innern in kommunalen Angelegenheiten 1/2013 – Maßnahmen und Verfahren der Haushaltssicherung und der vorläufigen Haushaltsführung eingehalten wird. Er möchte eine Aussage dazu, ob es nicht möglich ist, einen Diplomverwaltungswirt anstatt eines Forstingenieurs auf die Stelle zu setzen. Bürgermeister haben sich dahingehend geäußert, dass sich ein Verwaltungsmann in ein Gebiet einarbeiten und das benötigte Wissen aneignen könne.

Seitens der Verwaltung wird in beiden angesprochenen Fällen die Notwendigkeit von externem Fachpersonal bestätigt.

Luckenwalde, 27.02.2014

gez. _____
Hohlfeld
Vorsitzender HFA

Kozák
Protokollantin